

POLIZEI REPORT

G 46983
ISSN 0937-5333

Nr. 90 · Juni 2023

Regierungspräsidium Kassel

„Die Beihilfe“ –
immer wieder ein Thema

eBeihilfe App
HESSEN

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT



Karsten Bech

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

ein großer Meilenstein in Form der Tarifverhandlungen 2024 liegt vor uns. Nachdem nun die Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen abgeschlossen sind, folgen im Herbst 2023 die Verhandlungen für die TV-L. Dies wird natürlich auch nochmals richtungsweisend für unsere Tarifverhandlungen, die TV-H zu Beginn 2024 sein.

Unsere Forderungen müssen daher klar definiert werden. Deutlich und ausdrücklich müssen die Themen amtsangemessene Alimentierung und Inflationsausgleich voneinander getrennt und nicht vermischt werden. Die Zahlungen mit 1,8% Erhöhung zum 01.08.23 gehörten noch als letzte Zahlung zu der Tarifrunde 2021 und dürfen ebenso nicht mit den Erhöhungen der versuchten Reparatur der verfassungswidrigen Besoldung mit 3% zum 01.04.2023 und 3% zum 01.01.2024 addiert werden. Diese genannten Zahlungen sind damit abgegolten und dürfen nicht für politische Argumentationen und zum Schönrechnen benutzt werden. Es gilt nun hier für alle Beschäftigten und selbstverständlich auch für die Versor-

Vorwort	3
Titelthema Beihilfe	5
Hilfe bei der Beihilfe	6
Hilfe, mein Ehepartner darf über mich bestimmen	8
GdP Hessen führt Babypräsent ein	9
Neuer Arbeitsplatz für die Polizei – VW Passat	11
Vier auf einen Streich	12
Gemeinsamer Warnstreik in Hanau	15
Empfang in Berlin	17
Einladung zum Grillnachmittag der KG Offenbach	17
Einsatzbetreuung in Hanau	18
Treffen der Vertrauensleute	18
Pflegeseminar beim PP Südosthessen	19
Zu Besuch im neuen PP Südosthessen	20
Wanderung Bunker & Wein	21
Gutes Ergebnis nach zähen Verhandlungen	23
Grüne feiern – GdP hält den Druck aufrecht!	25
Tarifmarathon und Investitionen in die Polizei	26
Von Klimaaktivisten und Klimaklebern	29
Internationale Polizeijugendkonferenz	30
Und immer wieder der 1. Mai – ein Kommentar	33
Das Warten hat ein Ende – Seminare zurück	34

Titelbild: Martin Mohr

gungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger als Ausgleich für die Inflation angemessene Forderungen zu stellen und damit deutliche Lohn-, Gehalts-, Versorgungsanpassungen zu erreichen. Eine familienfreundliche und generationengerechte Bezahlung dürfen nicht nur Worthülsen sein, sondern müssen auch von der Politik umgesetzt werden. Genau dies werden unsere Vorstellungen in der Tarifrunde 2024 sein. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine sind insbesondere die Preise für Energie und Nahrungsmittel merklich angestiegen und beeinflussen

die Inflationsrate weiterhin erheblich. Mit einem Höchststand der Inflationsrate im Sept. 2022 mit 10,4% (Quelle: Zeit online - Statistisches Bundesamt) lagen schwierige Zeiten hinter uns, die es auszugleichen gilt und genau das gehört inhaltlich aufgearbeitet und als Forderung formuliert.

Neben dem Inflationsausgleich gehören aber auch dringende und erforderliche Anpassungen vorgetragen. Als Beispiel sei die Zulage für Tarifbeschäftigte, die sich mit Kinderpornografie beschäftigen müssen, genannt. Im Beamtenbereich ist die-

titelthema



höhung der Polizeizulage und dass sie endlich wieder ruhegehaltstfähig wird. Andere Bundesländer und der Bund haben es vorgemacht. Aber zum Schluss sei noch als letztes Beispiel die Forderung zur retrograden Berechnung für die letzten Jahre der verfassungswidrigen Besoldung genannt. Sicherlich ein riesengroßer Verwaltungsaufwand, aber die oben angeführten zweimal 3% waren nur ein kleiner politischer Anfang. Eine gerechte, nachvollziehbare Rückberechnung hat nun mal jeder von uns verdient und das ist uns der Arbeitgeber auch schuldig.

Es steht also in naher Zukunft wieder ein hartes Verhandeln für uns A L L E auf der Agenda. ■

Liebe Grüße
Euer Karsten Bech

se Zulage von 300 € im Doppelhaushalt 2023/2024 bereits eingeplant und soll mit der Änderung der Erschwerenszulagenverordnung umgesetzt werden. Eine Anpassung im Rahmen der Tarifpflege für

unsere Tarifbeschäftigten ist bisher nicht bekannt.

Im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen gehören natürlich auch unsere ständigen Forderungen zur Er-

TITELTHEMA

MIT DER BEIHILFE IST ES IMMER SO EINE SACHE...

Im März 2023 empfing der Regierungspräsident Herr Mark Weinmeister den stellvertretenden Landesvorsitzenden der GdP Karsten Bech zu einem Gesprächsaustausch zum Thema Beihilfen.

Im Beisein der Abteilungsleiterin der Abteilung I, Beamtenversorgung Beihilfen Frau Sommer und Leiterin der Beihilfestelle Frau Dr. Neidert wurden aktuelle Themen besprochen.

Festzustellen ist, dass alle Beschäftigten der Beihilfestelle bemüht sind, alle

eingegangenen Anfragen sowie alle Beihilfeanträge zeitnah zu bearbeiten. In der Vergangenheit war es zu Verzögerungen in der Bearbeitung gekommen, die Ursachen wurden inzwischen größtenteils beseitigt.

Die normale Bearbeitungszeit für einen Beihilfeantrag ohne Besonderheiten liegt momentan bei etwa 3,5 Wochen. Entgegen vieler Gerüchte spielt es keine Rolle, ob der Antrag digital per App oder in Papierform eingereicht wird. Ebenso ist es unerheblich, ob ausdrücklich eine

Bearbeitung in Heimarbeit durch den Antragsteller ausgeschlossen wird, da alle Vorgänge digitalisiert werden.

Bei Anträgen über 5.000 € wird die Höhe des Betrages automatisiert erkannt und einer gesonderten Bearbeitung zugeführt. Hier liegt die bevorzugte Bearbeitungszeit bei ca. 8 Arbeitstagen.

In dem Gespräch wurde auch deutlich, dass Anträge mit Minimalbeträgen die gesamten Arbeitsabläufe verlängern, da auch ein solcher Antrag unabhängig der



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg, PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrerr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Thorsten Pfeiffer
Autobahnmeisterei Nr. 10, 63505 Langenselbold
GdP BZG Osthessen
V.i.S.d.P. Karsten Bech
Severingstr. 1-7, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung:

Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Höhe in gleicher ausführlicher Art und Weise bearbeitet werden muss. Deshalb die Bitte, Kostenaufwendungen bis zur geforderten Höhe von 250 € sammeln. Hierbei aber nicht die Verjährung nach 12 Monaten aus den Augen verlieren!

Ein ganz **wichtiger Hinweis** geht an die Studierenden. Nach der Beendigung des Studiums wird der Bemessungssatz der Anwärterinnen und Anwärter von 70% auf 50% abgesenkt. Da bei der Beihilfe der Tag des Einreichens und nicht der Tag der Rechnungsstellung / Inanspruchnahme der Leistung maßgeblich ist, kann es zu einer Versorgungslücke kommen, da von der Krankenkasse nur 30% abgedeckt werden. Deshalb alle vorhandenen **Rechnungen vor Beendigung des Studiums** bei der Krankenkasse und der Beihilfestelle abrechnen, damit es nicht zu dieser Versorgungslücke von 20% kommt.

Am Ende des guten zielorientierten Gesprächs wurde vereinbart, dass im Einvernehmen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der GdP Karsten Bech und Frau Dr. Neidert ein Infoschreiben bzgl. der häufigsten Fehlern erstellt wird, um Fehler und Zeitverzögerungen zukünftig zu minimieren. Wir bleiben für Euch am Ball. ■

BZG OH



v.l.: Regierungspräsident Mark Weinmeister, Karsten Bech, Frau Dr. Neidert, Frau Sommer

HILFE BEI DER BEIHILFE

„HILFE, ICH MUSS BEIHILFE BEANTRAGEN“



Das war das Thema der **Seniorenveranstaltung der GdP-Osthessen Ende Februar in Schlitz-Pfodt**. Eingeladen zu dieser Seniorenveranstaltung hatten die **osthessischen GdP-Seniorenvertreter unter der Federführung des Bundesse-**

niorenvorsitzenden Ewald Gerk. Ewald konnte nicht an der Veranstaltung teilnehmen und wurde vom Kollegen Wolfgang Denke-Otterbein würdig vertreten.

45 Kolleginnen und Kollegen, teils mit Partner oder Partnerin nahmen an dieser Veranstaltung teil. Die Veranstaltung richtete sich in erster Linie an die Ehe- und Lebenspartner/-innen der Beihilfeberechtigten, damit sie im Notfall für den Beihilfeberechtigten die nötigen Beihilfeanträge stellen können. Als Referent fungierte wieder der ehemalige Sachgebietsleiter

der Beihilfestelle Hünfeld Gerhard Kaiser. Die Teilnehmenden wurden zu Beginn der Veranstaltung durch den stv. Bezirksgruppen- und osthessischen Personalratsvorsitzenden Martin Mohr begrüßt. Er gab einen Ausblick auf die gewerkschaftspolitischen Themen, insbesondere bei dem Thema „amtsangemessene Besoldung seit 2016“ und der anstehenden Tarifrunde schlugen die Emotionen hoch.

Gerhard Kaiser konnte den Teilnehmenden die unterschiedlichen Beihilfeanträge und ihren Verwendungszweck erklären. Ob nun der Langantrag, oder der Kurzantrag, die Anlage Pflege und den Antrag auf Abschlagszahlung wurde den Teilnehmern ausführlich erklärt und das Wissen durch praktische Übungen vertieft. Nun sind die Partnerinnen und Partner in der Lage, als Vertreter der/des Beihilfeberechtigten im Notfall selbst einen Antrag zu stellen. Gerhard Kaiser

wies daraufhin, dass natürlich nur diejenigen Personen, die von der/dem Beihilfeberechtigten hierfür vorab schriftlich bevollmächtigt wurden, auch antragsberechtigt sind. Es war ihm ein Anliegen, alle Kolleginnen und Kollegen nochmals auf die Möglichkeit der Beihilfevollmacht hinzuweisen. Wer noch keine Vollmacht ausgefüllt hat, soll dies nachholen. Vordrucke findet man auf der Homepage der Beihilfenstelle beim Regierungspräsidium Kassel.

Der einhellige Wunsch der Teilnehmenden war, ähnliche Veranstaltungen nicht nur für die Gewerkschaftmitglieder sondern auch für deren Familienangehörige anzubieten. Die gesamte Veranstaltung war ein großer Erfolg. ■

Gerhard Kaiser



HILFE, MEIN EhePARTNER DARF ÜBER MICH BESTIMMEN

RECHTSÄNDERUNG ZUM 01.01.2023

Zum 01.01.2023 ist eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) in Kraft getreten.

Mit der Änderung des § 1358 BGB wurde ein Notvertretungsrecht für Ehegatten eingeführt. In Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge haben Ehegatten ein gegenseitiges Notvertretungsrecht, wenn der zu vertretende Ehegatte aufgrund von Bewusstlosigkeit oder Krankheit nicht in der Lage ist, seine rechtlichen Angelegenheiten selbst zu regeln.

Der vertretende Ehegatte darf in diesen Fällen in Untersuchungen einwilligen, sie untersagen und die zur Behandlung nötige ärztliche Aufklärung entgegennehmen. Der vertretende Ehegatte kann Behandlungsverträge, Krankenhausverträge, Rehabilitationsverträge und Pflegeverträge in dieser Zeit abschließen. Er darf zudem notwendigen freiheitsentziehenden Maßnahmen zustimmen, soweit Gefahr im Verzug besteht. In diesem Falle ist er aber verpflichtet, kurzfristig eine richterliche Genehmigung der Maßnahme einzuholen. Eine freiheitsentziehende Maßnahme darf mit richterlicher Genehmigung 6 Wochen nicht überschreiten.

Zudem darf der vertretende Ehegatte alle Krankenunterlagen einsehen und Auskunft von den behandelnden Ärzten verlangen. Schlussendlich hat der vertretende Ehepartner das Recht und damit in einem gewissen Rahmen auch die Pflicht,

Ansprüche des erkrankten bzw. bewusstlosen Ehepartners gegenüber der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und den Leistungserbringern im Namen des Vertretenen geltend zu machen. Das beinhaltet auch das Recht, gegenüber der Krankenversicherung und der Beihilfenstelle Anträge ohne schriftliche Vollmacht stellen zu dürfen.

Für die Legitimation gegenüber Dritten hat der vertretende Ehegatte einen Anspruch gegenüber dem behandelnden Arzt auf eine entsprechende Bescheinigung. Hierzu muss der vertretende Ehegatte schriftlich versichern, dass keine Ausschlussgründe für seine Vertretung vorliegen und weder eine Vorsorgevollmacht besteht, noch eine Betreuung in Gesundheitsangelegenheiten eingerichtet wurde.

Wenn also im Rahmen des Notvertretungsrechts ein Beihilfeantrag gestellt wird, sollte es eigentlich im Rahmen der Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Beihilfenverordnung eine entsprechende Regelung für solche Anträge geben.

Aber weit gefehlt, unser so „fürsorglicher“ Landesgesetzgeber hat bis heute, also über drei Monate nach Inkrafttreten der Bestimmung im BGB, noch keinerlei Aktionen entwickelt, eine Umsetzung im Beihilferecht zu ermöglichen.

Damit es dem Beihilfeberechtigten nicht auffällt, dass wieder einmal nichts

getan wurde, hat man die VW zur Hessischen Beihilfeverordnung einfach aus dem Hessenrecht herausgenommen. Damit ist die derzeit geltende Fassung für die Beihilfeberechtigten nicht mehr einsehbar. Auch dies ist eine Methode, Beihilfeberechtigte von der Geltendmachung ihrer Ansprüche abzuhalten oder sie zumindest zu behindern. Das Verfahren fällt vermutlich unter den beamtenrechtlichen Begriff der „Fürsorgeverpflichtung“ des Dienstherrn nach § 45 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG).

Das Notvertretungsrecht des Ehepartners besteht nicht, wenn die Ehegatten dauernd getrennt leben oder wenn dem behandelnden Arzt bekannt ist, dass der zu vertretende Ehegatte eine Vertretung insoweit durch den anderen Ehepartner abgelehnt hat. Gleiches gilt, wenn für den zu vertretenden Ehegatten ein Betreuer mit dem Wirkungskreis Gesundheitsvorsorge bestellt ist. Hat der Betroffene eine Vorsorgevollmacht erteilt, gelten die darin getroffenen Anordnungen und das Notvertretungsrecht tritt nicht ein.

Dauert der krankhafte Zustand des Betroffenen länger als 6 Monate an, ist das Notvertretungsrecht ebenfalls beendet. Sollte also absehbar sein, dass der Betroffene länger als 6 Monate sich nicht selbst vertreten kann, sollte innerhalb der 6 Monate ein Antrag auf Einrichtung einer Betreuung gestellt werden.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass eine Vorsorgevollmacht und eine Beihilfevollmacht durch dieses Notvertretungsrecht nicht obsolet werden. Jeder sollte für sich Vorsorge treffen für den Fall der Fälle. Das Notvertretungsrecht ist

tatsächlich kein Ersatz für eine Vorsorgevollmacht und eine Beihilfevollmacht.

Anm.: Dem Verfasser ist bekannt, dass es Personen unterschiedlichen Geschlechts gibt. In diesem Beitrag wird lediglich aus Gründen der einfacheren

Lesbarkeit auf die weibliche Ausprägung verzichtet. Jede Art von Diskriminierung ist dem Verfasser fremd. ■

Gerhard Kaiser

GDP HESSEN FÜHRT BABYPRÄSENT EIN!



Die GdP Hessen bietet ihren Mitgliedern für jedes Kind, welches ab dem 01.01.2023 auf die Welt gekommen ist, ein Geschenk an!

Auf dem Bundeskongress im letzten Jahr wurde die Grundlage geschaffen, dass die GdP ihren Mitgliedern ein Präsent zur Geburt eines Kindes geben kann. Nach Festlegung der buchhalterischen Abläufe und Satzungsänderungen geht es nun los.

Wie geht das?

Schicke einfach eine E-Mail mit Scan oder Foto der Geburtsurkunde eures Nachwuchses an deine Bezirksgruppe. Die wird alles Weitere veranlassen. Du kannst auch gerne Kontakt zu unserer Landesgeschäftsstelle unter GdP-Hessen@gdp.de aufnehmen.

Was passiert dann?

Nach der Information von Bezirksgruppe, bzw. Landesgeschäftsstelle über das freudige Ereignis erhaltet ihr von uns dann eine kleine Aufmerksamkeit. Lasst euch überraschen...

NEUER ARBEITSPLATZ FÜR DIE POLIZEI – VW PASSAT

Der neue Standard-Funkstreifenwagen VW Passat Variant 2.0 TDI SCR für die Hessische Polizei ist da und löst den altbewährten Opel Zafira ab. Nach dem nun einige Funkstreifenwagen ausgeliefert und in einzelnen Dienststellen bereits eingetroffen sind, hatte auch der Hauptpersonalrat der Polizei die Gelegenheit, im Rahmen seiner März-Arbeitssitzung 2023 den neuen Standard-Funkstreifenwagen VW-Passat Variant 2.0 TDI in Augenschein zu nehmen.



Bilder: HPR

Nach Abschluss des Vergabeverfahrens durch das Hessische Polizeipräsidium für Technik (HPT) wurde der Zuschlag dem VW Passat Variant 2.0 TDI erteilt. Ausschlaggebend für den Zuschlag war das höchste Gesamtergebnis der Gesamtbewertung Preis und Qualität.

Technische Daten:

Der VW Passat Variant verfügt über einen 4-Zylinder Common Rail Dieselmotor mit 110 kW (150 PS), einem 7-Gang-Direktschaltgetriebe, sowie ein maximales Drehmoment von 360 Nm und somit mit Leichtigkeit in 9,1 sec auf 100 km/h kommt, gestaltet mögliche Einsatzfahrten sicherer!

Die Besonderheiten des „Neuen“

- Ladevolumen: Unser VW-Passat erfüllt alle geforderten Anforderungskriterien und zeichnet sich besonders durch sein großes Kofferraumvolumen und eine hohe Zuladung aus. Somit kann der Mitnahme des wachsenden Umfangs von Führungs- und Einsatzmitteln sowie Schutzausstattung unterhalb der NIT-Fahrzeuge bestmöglich Rechnung getragen werden.
- Rund-um-Schutz: Die Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen ist und bleibt unser wichtigster Auftrag. Leider sind Einsatzfahrten mit Funkstreifenwagen dennoch risikobehaftet. Um den bestmöglichen Schutz zu bieten, wurde bei der Auswahl der Sicherheitsausstattung und Fahrerassistenz-Systeme



ein besonderes Augenmerk gelegt. Angefangen mit dem elektronischen Stabilisierungsprogramm (ESP) mit Bremskraftverstärker, sicherheitsoptimierten Kopfstützen, Fußgängerfrüherkennung, Spurhalteassistent und Müdigkeitserkennung bis zu Front-, Seiten-, Kopf- und Knieairbags bietet der VW-Passat einen hohen Schutz.

- Durch die neuen Knieairbags werden die Knie und Beine der Fahrerin/des Fahrers vor dem harten Kontakt mit der Lenksäule und dem unteren Teil der Armaturentafel zusätzlich geschützt.
- Des Weiteren wird das Durchrutschen „Submarining“ der Fahrerin/des Fahrers unter dem Gurt bei einem Aufprall verhindert. Somit bleibt diese in einer aufrechten Sitzposition, wodurch die Frontairbags ihre optimale Schutzwirkung entfalten können.

Komfort auf höchstem Niveau soll Kolleginnen und Kollegen den Arbeitsalltag so angenehm, wie möglich machen.

Neben den mittlerweile gängigen Komfort- und Sonderausstattungen von Neufahrzeugen, bietet der der neue Funkstreifenwagen eine breite Palette für den Dienstalltag.

- LED-Beleuchtung
- Sitzkomfortpaket mit Lendenwirbelstütze
- Winterpaket mit Sitzheizung, beheizbaren Außenspiegeln und Scheibenwaschdüsen
- Abgedunkelte Seitenscheiben hinten und der Heckscheibe
- Klimaanlage „Air Care Climatronic“ mit 3-Zonen-Temperaturregelung und vieles mehr

Polizeispezifische Ausstattung

Mit der digitalen Zirkon LED-Sondersignalanlage, Frontblitzleuchten im Kühlergrill und Heckblitzleuchten in der

Heckklappe leuchtet hoffentlich auch dem letzten uneinsichtigen Autofahrer ein, den Weg für das Einsatzfahrzeug frei zu machen.

Die VESBA-Beklebung 2.0 (Verbesserte Erkennbarkeit von Streifenfahrzeugen auf Bundesautobahnen und autobahnähnlich ausgebauten Straßen) steigert die passive Sicherheit der Einsatzkräfte sowie aller Verkehrsteilnehmer um ein Vielfaches.

Gerade bei nächtlichen Einsätzen, bei schlechter Witterung und widrigen Sichtverhältnissen ist eine frühzeitige Erkennbarkeit der Streifenfahrzeuge dadurch optimal gewährleistet.

In Kombination mit dem Blaulicht bietet diese eine signifikante Verbesserung bei der Absicherung von Unfall- und Gefahrenstellen.



Der ausgebaute Laderaum incl. gesicherter Waffenschublade für unsere Mitteldistanzwaffe, Motorola Funkeinrichtung mit Handapparaten und Freisprechtasten, Trenngitter, zusätzliche Innenleuchten, Nothammer, Motorweiterlaufschaltung, Tagfahrlichtabschaltung (Stealth Modus) und der Tiefenladeschutz runden das Gesamtpaket ab.

Der Hauptpersonalrat der Polizei steht für eine schnellstmögliche Ausflächung der neuen Einsatzfahrzeuge.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen allzeit eine gute und jederzeit sichere Fahrt.

Leona Schönke

VIER AUF EINEN STREICH

DREI LANDESGARTENSCHAUEN UND DIE BUNDESGARTENSCHAU IN GUTER REICHWEITE



Wer Blumen, Natur und innovative Ideen für den Garten mag, hat in diesem Sommer Glück, wenn er in Hessen lebt.

Mit gleich drei Landesgartenschauen in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-westfalen können wir ohne großen Zeitaufwand uns von Blütenmeeren überraschen lassen.

Landesgartenschau in Fulda vom 27.04.-08.10.2023, gut zu erreichen mit dem Landesticket. Am Wochenende dürft ihr da eine Person gratis mitnehmen!

Als GdP-Mitglied bekommt ihr zudem bei unserem Kooperationspartner 15% Rabatt auf bis zu vier Tickets. Die rabattierten Tickets könnt ihr kaufen unter: <https://gdp-hessen.rahmenvereinbarungen.de> eingeben, auf „jetzt neu

registrieren“ gehen, euch anmelden und das Codewort "sommer96#" klein und zusammengeschrieben eingeben. Auf der Seite bei der Suchfunktion „Gartenschau“ eingeben und ihr könnt die Tickets online kaufen.

„Fulda verbindet...“ - unter diesem Motto erwartet Sie vom 27. April bis 08. Oktober 2023 die Landesgartenschau in Fulda. Freuen Sie sich mit uns auf 165 wundervolle, blühende und ereignisreiche Tage!

Landesgartenschau Höxter vom 20.04.-15.10.2023. Die Parkplätze sind dort kostenfrei, die Bahn hält direkt vor dem Eingang zur Landesgartenschau.

Auch hier könnt ihr als GdP-Mitglieder bis zu vier Karten mit 15% Rabatt kaufen. Genau so wie oben bei der Landesgartenschau Fulda beschrieben.

Gartenkunst, Archäologie, Erholungsräume und Veranstaltungen auf der Landesgartenschau Höxter! Schlendern Sie durch die Altstadt und auf dem Wall entlang der Weser bis zum Welterbe Corvey. Die Landesgartenschau Höxter ist vielfältig, bunt und spannend – freuen Sie sich mit uns!

Landesgartenschau Bad Gandersheim vom 20.04.-15.10.2023

Hier bekommen wir als GdP leider keinen Rabatt.

Musik, Theater, Sport, Wasser, Kinder, Blumen und Natur – die Niedersächsische Landesgartenschau Bad Gandersheim feiert in diesem Jahr 185 Tage lang ein einzigartiges Fest für ein tolles „Wir-Gefühl“ in Südniedersachsen. Das Motto der Schau „Garten. Fest. Spiele“ wird vom ersten Tag an für jeden spürbar und lebendig!

Und wer dann immer noch nicht genug hat von Blumen und Parks, die **Bundesgartenschau in Mannheim** ist ja auch für uns nicht ganz aus der Welt. Sie kann man vom 14.04.-08.10.2023 besuchen. Leider auch ohne GdP Rabatt. Aber hier kann man das Landesticket ja wieder zumindest bis zur hessischen Grenze einsetzen. ■

Stefan Rüppel



**Gewerkschaft
der Polizei**

www.gdp.de/hessen

*Gemeinsam
sind wir stark –
darum GdP!*



FULDA 2.023

LANDESGARTENSCHAU
27. APRIL - 8. OKTOBER

Fulda verbindet...



15%



corporate benefits

- 1 Vorteilsportal aufrufen
- 2 Einmalige Registrierung mittels **privater E-Mail-Adresse** und dem Registrierungscode: **sommer96#**
- 3 Sofort attraktive Angebote wahrnehmen



Alle Angebote finden Sie unter: <https://gdp-hessen.rahmenvereinbarungen.de>

GEMEINSAMER WARNSTREIK IN HANAU



vom Treffpunkt Kurt-Blaum-Platz durch die Innenstadt Hanaus zum Freiheitsplatz, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Viele Hanauerinnen und Hanauer zeigten Verständnis für die Streikenden.

Auch der Hanauer Maler Moritz Daniel Oppenheim zeigt sich in Form seiner Statue solidarisch, und legte eine GdP-Weste an.

Markus Hüschenbett,
Bezirksgruppe Südosthessen



Die Bezirksgruppe Südosthessen nahm am 23.03.23 am Warnstreik von Ver.di in Hanau für die anstehenden Tarifverhandlungen im TVöD mit dem harten Kern von Stadt- und Ordnungspolizei teil. Betroffen waren alle städtischen Einrichtungen, u.a. auch Kitas, Müllabfuhr und Bürgerservicestellen.

Der Streik war notwendig geworden, da die Arbeitgeberseite keinerlei Einlenken gezeigt hatte. Gerade in diesen harten Zeiten ist dies den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber höchst unsozial.

Unsere Forderungen für den TVöD lauten:

- Steigerung der monatlichen Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens jedoch um 500 Euro im Monat
- Auszubildende, Studierende und Praktikanten sollen 200 Euro mehr im Monat erhalten
- Laufzeit: zwölf Monate
- unbefristete Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreicher Ausbildung

Gemeinsam mit anderen DGB-Gewerkschaften wie GEW und Ver.di ging



EMPFANG IN BERLIN

REGER AUSTAUSCH IN DER HESSISCHEN LANDESVERTRETUNG

Der ständige Austausch mit der Politik ist eine Grundaufgabe von Gewerkschaften. Niemand kann sich mit allen Problematiken in der Gesellschaft perfekt auskennen, daher ist eine ständige Kommunikation notwendig und geboten.

In Südosthessen ist es daher Brauch, interessierte Politiker wie Landräte, Bürgermeister und Abgeordnete über das Thema Polizei zu informieren, und sich bei Veranstaltungen wie z.B. den Jahreshauptversammlungen und Neujahrsempfängen gegenseitig einzuladen.

Auch bei verschiedenen Organisationseinheiten gibt es immer wieder Besuche von Politikerinnen und Politikern, Ortsgruppen usw. Eine sinnvolle Tradition ist auch die Weihnachtsbereisung der jeweiligen Landräte.

Nachdem Lennard Oehl (SPD) (seit 2021 direkt gewählter Abgeordneter im Deutschen Bundestag für den Wahlkreis Hanau) im Jahre 2022 das Polizeipräsidium Südosthessen besucht hatte, lud er nun zum Empfang in der Hessischen Landesvertretung in Berlin im April diesen Jahres ein. Die Landesvertretung sieht sich laut Staatskanzlei als „Sprachrohr, Botschafterin und Koordinatorin, um die Interessen des Landes Hessen gegenüber dem Bund zu wahren“.

Lucia Puttrich (CDU), Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten eröffnete die Veranstaltung als Hausher-



Lennard Oehl, Nancy Faeser und Markus Hüschentbett in der hessischen Landesvertretung in Berlin

rin. Es folgten weitere Redebeiträge, u.a. von Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Bundeskanzler Olaf Scholz. Getreu dem Motto „Äpfelwoi trifft Ahle Wurscht“ bekannte sich der Kanzler als Freund des Apfelweines, der auch in Hamburg bekannt sei.

Im Anschluss war Zeit für viele Gespräche über Aktuelles sowie das Dauerthema Personalmangel. Hier wird nur

eine gemeinsame Anstrengung aller Protagonisten zu einer spürbaren Verbesserung führen. ■

Markus Hüschentbett,
Bezirksgruppenvorsitzender Südosthessen



Bundeskanzler Olaf Scholz mit Bembel und Äpfelwoi

Bitte vormerken! - Kreisgruppe Offenbach - Bitte vormerken!

Einladung zum Familien-Grillnachmittag 2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Freitag, 15.09.2023, ab 15:00 Uhr, wollen wir Euch zu tollen Gesprächen und einer schönen gemeinsamen Zeit einladen. Hierzu haben wir uns einen Grillnachmittag überlegt.

Als Örtlichkeit haben wir uns die **Waldfreizeitanlage Weiskirchen, Schillerstr. 33, 63110 Rodgau**

ausgesucht. Hier befindet sich auch ein Spielplatz für die Kinder in der Nähe.

Nähere Informationen werden wir Euch in den kommenden Wochen zukommen lassen. Merkt Euch den Termin einfach mal vor.

Wir vom Vorstand der Kreisgruppe Offenbach freuen uns über eure Anmeldung und wünschen uns schöne gemeinsame Stunden.

Herzlichst, Euer Holger Maue
-Kassierer der Kreisgruppe Offenbach-

FLEISSIGES BETREUER-TEAM DER GDP IM EINSATZ

Am Sonntag, 11.03.2023 ergab es sich erneut, dass im Bereich der PD Hanau eine Bombe entschärft werden musste.

Wir als GdP entschlossen uns, an diesem Tag eine Einsatzbetreuung aufzustellen und an die eingesetzten Kräfte Süßigkeiten zu verteilen. Ebenso war uns wichtig, dass jemand vom Personalrat ein offenes Ohr für die Probleme der Beamtinnen und Beamten hat. Am Sonntag ging es um 9 Uhr los. Der Befehlsstelle wurde ebenfalls eine Packung Kaffee und eine Dose Haribo überreicht, da auch dort fleißig gearbeitet wurde.

Wir besuchten verschiedene Stationen / Absperrungen rund ums Einsatzgebiet und unsere Betreuung wurde, so war mein Eindruck, positiv aufgenommen. Wir sprachen mit den eingesetzten Kräften und hörten uns an, was ihnen am Herzen lag. Wir werden die Anregungen und Eindrücke in der Einsatznachbereitung anbringen.

Es war ein rundum gelungener Einsatz und wir bedanken uns bei allen für ihr Engagement. ■

Sabine Spangenberg / GdP KG MKK und Personalrat



TREFFEN DER VERTRAUENSLEUTE



Erstes Vertrauensleutetreffen der Bezirksgruppe Südosthessen.

Ende März 2023 fand in Offenbach das erste gemeinsame Vertrauensleutetreffen der Kreisgruppen Offenbach und Main-Kinzig im Polizeipräsidium statt.

Vertrauensleute sind Ansprechpartner für die Mitglieder der GdP in allen wichtigen Belangen wie Rechtsschutz, Versicherungsleistungen sowie alle anfallenden Nöte und Probleme.

Unter anderem wurden Themen wie juristische Fragen, Betreuungsangebote, Aufbau und Struktur sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Kreisgruppen besprochen. Weitere Treffen werden folgen. ■

Markus Hüschenbett,
Bezirksgruppe SOH

DRITTES PFLEGESEMINAR BEIM PP SÜDOSTHESSEN

KONTAKT ZUM PFLEGESTÜTZPUNKT DER STADT OFFENBACH HERGESTELLT

Am 10.05.2023 fand in Offenbach das dritte Pflegeseminar des PP SOH statt. Mit 65 Teilnehmern war die Veranstaltung sehr gut besucht.

Im Rahmen des Gütesiegels „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ bzw. als Unterzeichner der Pflegecharta Hessen wurde Kontakt zum Pflegestützpunkt der Stadt Offenbach hergestellt.

Pflegestützpunkte werden von den Kranken- und Pflegekassen auf Initiative eines Bundeslandes eingerichtet und bieten Hilfesuchenden Beratung und Unterstützung. Wenn Hilfesuchende selbst pflegebedürftig sind oder pflegebedürftige Angehörige haben, erhalten sie im Pflegestützpunkt alle wichtigen Informationen, Antragsformulare und konkrete Hilfestellungen, z.B. zu den Themen Zuschüsse für Umbau, geeignete Pflegeheime oder ehrenamtliche Hilfe.

Eine Übersicht der hessischen Pflegestützpunkte findet sich hier: <https://www.pflege-in-hessen.de/beratung-und-information/pflegestuuetzpunkte/>

Die Mitarbeiterin des Offenbacher Pflegestützpunktes Yasmina Darraz informierte u.a. zu den Themen:

- Unterschiede zwischen den gesetzlichen und privaten Leistungen/ Pflegeberatungen
- Zugang zu den Leistungen, was ist wann zu tun?
- Vorbereitung auf die Pflegebegutachtung
- Bescheideerteilung/Auswertung Gutachten/Widerspruch?
- Leistungen der Pflegeversicherung

Dann konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konkrete Fragen stellen, die Frau Darraz sachkundig beantwortete.

Als Dank bekamen einige Werbeartikel des PP SOH.

Im Anschluss informierte Pflegeguide Markus Hüschentbett vom Personalrat über das Pflegezeitengesetz, Umgang mit Pflege in der Behörde und präventiven Maßnahmen wie der Notfallmappe und der von der Behörde beschafften SOS-Rettungsdose, die an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verteilt wurde. ■

Markus Hüschentbett

Weitere nützliche Informationen:

www.wege-zur-pflege.de/start.html
www.pflege-in-hessen.de



STAMMTISCH EINMAL ANDERS

ZU BESUCH IM NEUEN PP SÜDOSTHESSEN

Der regelmäßig alle zwei Monate am ersten Dienstag im geraden Monat stattfindende Stammtisch fand dieses Mal direkt im Polizeipräsidium statt.

Durch Norbert Tumbrägel auf den Weg gebracht, empfing uns Markus Hüschentz zunächst im Besprechungsraum „Kaiserpfalz“, der jeden bisherigen Besprechungsraum bei den Dienststellen an Größe um ein Vielfaches übertrifft.

Die Planungen für das neue PP zogen sich so lange hin, dass einige schon gar nicht mehr an ihn glaubten – an den Neubau auf dem Buchhügel. Und als es dann doch lief, war zunächst davon die Rede, das neue Präsidium werde 2015 bezugsfertig sein. Aber aufgrund eines fast zweijährigen Gerichtsstreits der beiden Ausschreibungsbewerber – durchgesetzt hat sich die Bielefelder Firma Goldbeck – wurde es 2021.

2017 wurden die Verträge unterzeichnet, im August 2018 der Grundstein für den Neubau gelegt. So entstand am Rande Offenbachs für knapp 900 Beschäftigte der hessischen Polizei ein neues hochkomplexes Polizeipräsidium mit vielfältigen Nutzungen. Der Ermittlungs-

Koloss hat in sich 700 Kilometer Datenleitung und 40 Kilometer Glasfaserkabel, 3.000 Fenster, 2.500 Türen, 5.000 Lampen, 14.000 Netzwerkboxen verbaut.

Damit Polizisten festgenommene auch gut in ihre Mitte nehmen und eskortieren können, sind die Flure extrabreit. Statt vorgeschriebenen 1,20 Metern, sind es stolze zwei Meter. Auch an empfindliche Polizisten-Nasen ist gedacht. Für Vernehmungen von stark riechenden Personen und starken Rauchern gibt es Räume mit Turbo-Luftreinigern. Für Brandermittler wurde eine eigene Zutrittschleuse eingebaut. In dieser können sie sich umziehen und duschen, ohne dass sie Giftstoffe von Brandstellen einschleppen.

Weiterhin verfügt der Neubau unter anderem über eine zentrale Zwingeranlage für Diensthunde und eine Gefangenessammelstelle. Dagegen sucht man im neuen Präsidium eine Schießanlage vergeblich, und auch die im Vorfeld vom Land angekündigte Kita wurde nicht realisiert – hierzu gab es schlicht zu wenige Anmeldungen.

Das Land Hessen hat für die Immobilie einen Public Private Partnership (PPP)

Vertrag über 30 Jahre unterschrieben. Mit dem Neubau zogen unter anderem das bislang am Mathildenplatz angesiedelte 1. Revier und das 2. Revier von der Berliner Straße auf die 3,6 Hektar auf dem Buchhügel. Die beiden Stadtreviere wurden zum „Polizeirevier Offenbach“ zusammgelegt.

Das neue Präsidium gilt als eines der modernsten bundesweit. Eine Besonderheit ist etwa die Leit- und Befehlsstelle: Dort gehen alle Notrufe sowohl aus dem Main-Kinzig-Kreis als auch aus Stadt und Landkreis Offenbach direkt ein. Von dieser Zentralisierung sollen auch die Bürger profitieren: Die Disponenten können mittels eines hochmodernen, PC-gestützten Einsatzführungssystems sämtliche Streifenwagen, von Egelsbach bis in den Bergwinkel bei Schlüchtern, optimal koordinieren und einsetzen. Notruf-Engpässe wie am Tatabend des Anschlags von Hanau am 19. Februar 2020 gehören damit der Vergangenheit an. Im Fall eines Überlaufs von Notrufen werden diese an das Polizeipräsidium nach Frankfurt weitergeleitet. Die neue Leitstelle nennen sie bei der Polizei Raumschiff Enterprise.



Ehemalige in der neuen Welt

Nach der allgemeinen Führung ließ es sich unser Mitglied, Frank Laudahn, nicht nehmen, durch sein Spezialgebiet zu führen. Es handelt sich um die Tatortarbeit und Auswertung. Erkennungsdienst wird heute digital durchgeführt. So sind die Daten zeitnah verfügbar. Schwarze Finger gehören auch der Vergangenheit an.

Erst recht keine Kompromisse gibt es bei den Standards für die Spuren-Auswertung. Jeder Spurentyp - ob Fingerabdrücke oder Kleidung - bekommt sein eigenes Labor.

Mit Bedampfanlagen und Veränderungen der Beleuchtung kann so manche Spur, die bisher im Verborgenen blieb sichtbar und beweisbar gemacht werden.

Das neue Polizeipräsidium Südosthessen verfügt über modernste Technik wie einen Trockenraum und eine Bedampfungshalle zur Spurensicherung.

Wenn im alten Präsidiumsgebäude in der Geleitsstraße Beweismittel bei Tötungsdelikten, wie eine verfaulte Jeansho-

se von einer Leiche im Wald, gelagert und untersucht werden musste, stank es danach fürchterlich. Wir haben früher ganz schlechte Bedingungen gehabt. Das war schon Elend, weiß Laudahn. Deswegen wurde hier draußen so gebaut, damit dieser Geruch nirgendwo hinkann. Gemeint ist der sogenannte Trockenraum im Hof des neuen Polizeipräsidioms Südosthessen. Getrennt zwischen Opfer und Täter werden in diesen Räumen die Beweismittel luftdicht gelagert und selbst die Lüftungssysteme sind voneinander getrennt, um eine Kontaminierung zu vermeiden. Es gibt vier Schränke zur Lagerung, die nach den Wünschen der Polizei gebaut wurden.

Zu den Besonderheiten gehört auch eine Bedampfungshalle, bei der mittels Sekundenkleber Fahrzeuge "bedampft" werden können, um daktyloskopische Spuren sichtbar zu machen. Die gibt es in Deutschland genau drei Mal. Eine beim BKA in Wiesbaden, eine beim LKA in Kiel und die dritte ist in Offenbach.

Damit endete die sehr interessante Führung und mit nach Hause genommen wurden die vielen Eindrücke der heutigen Polizeiarbeit. Zum Abschluss bedankten sich alle Teilnehmer bei den beiden Tourguides und hatten noch die Gelegenheit die leckeren Gerichte der Kantine im PP zu testen. ■

Norbert Tumbrägel

FAKTEN - POLIZEIPRÄSIDIUM SÜDOSTHESSEN, OFFENBACH

- Realisierungszeitraum: 2018-2021 / 41 Monate
- 200 Meter lang, 100 Meter tief und 22 Meter hoch
- Sieben Geschosse
- Bürogesamtfläche: 75.500 qm
- 2 Parkdecks mit 755 Stellplätzen
- Gesamtkosten: ca. 162 Mio. €
- Betreiber: Goldbeck Public Partner GmbH

WANDERUNG „BUNKER & WEIN“

GESCHICHTE UND KULINARIK

Am Nachmittag des 12. Mai 2023 fand die Wanderung „Bunker & Wein“ in Alzenau-Michelbach in Unterfranken statt.



Nach dem Treffen am Bahnhof von Alzenau-Michelbach wanderten wir zu einem gesprengten Schützenbunker der

Wetterau-Main-Tauber-Stellung. Die historischen und militärtechnischen Hintergründe wurden erläutert.

Info Wetterau-Main-Tauber-Stellung

Zwischen 1936 und 1937 errichtete das Deutsche Reich zwischen Büdingen in der Wetterau und dem unterfränkischen Klingenberg eine Linie aus Bunkern. Zweck war, potentiellen Angreifern, z.B. Frankreich, einen schnellen Bodengewinn schwer zu machen, und Abspaltung von Teilen des Landes zu verhindern. Den gleichen Zweck hatten die Neckar-Enz-Stellung und die Bayerisch-Tschechischen Grenzstellungen. Insgesamt umfasste die Wetterau-Main-Tauber-Stellung 328 Bunkeranlagen, die jedoch für den Ausgang des Krieges keine besondere Rolle spielten, da Weiterentwicklungen in der Waffentechnik die Bunker leicht ausschalten konnten. Die Alliierten sprengten den Großteil der Bunker. Viele der Bunkerruinen sind im Dienstgebiet noch zu sehen, z.B. in Freigeicht, ebenso wie Panzergräben (z.B. zwischen Meerholz und Gründau).

Anschließend ging es auf den Michelbacher Weinberg Apostelgarten zu einer Weinverköstigung regionaler Weine bei herrlicher Aussicht. Der Apostelgarten ist der westlichste Weinberg Bayerns, und wurde von dem Frankfurter Ratsherren David Dohmer Anfang des 20. Jahrhunderts zu neuer Blüte gebracht. Der verwitterte Glimmerschiefer, insbesondere Serebitschiefer, geben dem Wein aus Michelbach seinen besonderen Geschmack. Seit 1986 steht der Weinberg unter Denkmalschutz.

Der gemütliche Ausklang fand in einer Gaststätte in Michelbach statt. ■

Markus Hüschenbett, BZG SOH



Reste einer Bunkeranlage

GUTES ERGEBNIS NACH ZÄHEN VERHANDLUNGEN

Die Tarifverhandlungen im Bereich TVöD mit Bund und VKA (Verband kommunaler Arbeitgeber) zogen sich über viele Monate und machten zum Ende sogar eine Schlichterkommission nötig. Nach einem anfänglichem „Verweigern“ der Arbeitgeberseite ein Angebot vorzulegen, wurden viele Streikmaßnahmen durchgeführt um zu verdeutlichen, dass es die Gewerkschaften und Arbeitnehmer ernst meinen.



Die aktuelle Streikrunde war, wie lange nicht mehr, auch von finanziellen Nöten betroffen. Die Corona-Pandemie und der Ukrainekrieg haben zu einer anderen gesellschaftlichen Situation geführt.

Gerade bedingt durch die Energiekrise zu Beginn des letzten Jahres stieg die Inflation auf über 10%. Dies, ohne dass es Ausgleichsmaßnahmen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegeben hat.

Der Haushaltsgesetzgeber schaffte zwar politisch die Möglichkeiten dafür, machte aber selbst keinen Gebrauch davon. Als wäre das nicht schon genug der mangelnden Wertschätzung, weigerte man sich gar in den ersten beiden Verhandlungsrunden ein Angebot vorzulegen.

Geschweige denn, auf die Forderungen von Seiten der Gewerkschaften einzugehen. Die Hauptforderungen von 10% und mindestens 500 € wurden dann beim ersten Angebot der Arbeitgeberseite, in der dritten Verhandlungsrunde, nicht ansatzweise erreicht. Dies war der Tropfen, der das berühmte Fass zum Überlaufen gebracht hatte und die Verhandlungen in diesem Moment zum Scheitern verurteilt haben.

Dementsprechend deutlich waren auch die Worte des GdP-Bundesvorsitzenden Jochen Kopelke und des stv. Bundesvorsitzenden und Tarifexperten Rene Klemmer:

„Drei Verhandlungsrunden münden ins Scheitern und in die Schlichtung. Das spricht nicht für moderne, zeitgemäße Arbeitgeber, denen das Personal wegläuft, kein neues hinzukommt und die Belegschaften krank werden“, so Jochen Kopelke.

Auch Rene Klemmer äußerte sich entsprechend an die Arbeitgeberseite gerichtet, dass die Existenzängste nicht ansatzweise ernst genommen werden.

Im Anschluss wurde dann noch versucht, die Gewerkschaften als gierig darzustellen. In den Medien wurde die Nachricht verbreitet, es habe ein Angebot in Höhe von 8% und mindestens 300 € mehr gegeben. Die GdP reagierte sofort und stellte dieses Angebot als „nicht existent“ klar.

Eine Bestätigung der GdP-Aussage kam im Anschluss selbst von der VKA, die bekanntlich zur Arbeitgeberseite gehört. Mit dem Scheitern der dritten Verhandlungsrunde wurde gleichzeitig die Schlichtung einberufen, auch um weitere Streiks, gerade mit Blick auf die Osterferien zu verhindern.

Während einer Schlichtungsphase sind Streikmaßnahmen verboten. Nach weiteren Verhandlungen innerhalb der Schlichtungskommission wurde dann am 15. April ein Ergebnis präsentiert, welches Grundlage für die zukünftigen Verhandlungen sein sollte. Kernpunkte waren:

- eine Laufzeit von insgesamt 24 Monaten (1.1.23-31.12.24)
- insgesamt 3000 € Inflationsprämie
- tabellenwirksame Erhöhungen am 1. März 2024 um 200 € und anschließend 5,5%
- Erhöhung der Anwärter-Vergütung um 150 €

In den nun im Anschluss stattfindenden erneuten direkten Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite wurde endlich auf Augenhöhe verhandelt.

Gut eine Woche später stieg dann endlich weißer Rauch auf und es konnte eine Einigung in dem schwelenden Tarifkonflikt erreicht werden (siehe Kasten).

Weitere Streikmaßnahmen konnten somit ausbleiben. Erleichterung gab es auf allen Seiten. Die Bewertung der Arbeitgeberseite ließ erkennen, wie schwer man sich mit dieser Einigung getan hat. „Unterm Strich ist es für die Städte ein

sehr teurer, aber gerade noch machbarer Kompromiss“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy beispielsweise.

Auch Gerd Landsberg äußerte sich ähnlich: „Mit rund 17 Milliarden Euro ist das der teuerste Tarifabschluss aller Zeiten. Dies trifft gerade die Kommunen, die ohnehin unter einer schwierigen Finanzlage leiden, hart.“

Ergebnisse im TVöD Bund/Kommunen

- In 2023/2024: Zahlung einer gestaffelten, steuer- und sozialversicherungsabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie von insgesamt 3.000 Euro (bei Vollzeit):
 - 1240 Euro mit dem Gehalt im Juni 2023
 - ab Juli 2023 monatlich 220 Euro bis einschließlich Februar 2024
- In 2024: Tabellenwirksame Lohnsteigerung in Form eines Sockelbetrags von 200 Euro und anschließend darauf 5,5 Prozent, mindestens aber 340 Euro
- Erhöhungen zum 1. März 2024 wirksam
- Tarifliche Zulagen werden ab 1. März 2024 um 11,5 Prozent erhöht
- Erhöhung der Auszubildendenvergütung um 150 Euro. Die Übernahmeregelung wird bis zum 31. Dezember 2024 wieder in Kraft gesetzt
- Zeit- und wirkungsgleiche Übernahme im Bund auf Beamt/innen
- Laufzeit des Tarifvertrages: zwei Jahre bis 31. Dezember 2024

Die Vertreter der Gewerkschaften sprachen ihrerseits von „der größten Tarifierhöhung der Nachkriegszeit“.

Im Nachgang bedankten sich die Verantwortlichen der Bundes-GdP bei allen, die sich an den vielen Streikmaßnahmen beteiligten.

Die Taktik war dieses mal etwas anders gewählt, aber nicht minder effektiv! Statt zentraler Großkundgebungen wurde die Taktik der ständigen, kleinen Nadelstiche angewendet. Dadurch gab es gefühlt jeden Tag in der Presse eine entsprechende Präsenz für die Anliegen der Beschäftigten.

Auf Grund der hohen Inflation und der weit verbreiteten finanziellen Nöte war auch die Beteiligung an den Streikmaßnahmen enorm! Die Beschäftigten hatten dabei auch noch Luft nach oben und waren auch bereit härte Arbeitskampfmaßnahmen umzusetzen. Auch unsere westhessischen Beschäftigten waren hervorragend vertreten und zeigten eine sehr deutliche und eindrucksvolle Präsenz, wo immer es nötig war. ■

Daniel Klimpke



GRÜNE FEIERN – GDP HÄLT DEN DRUCK AUFRECHT!

Unter dem Motto: „Polizei braucht Wertschätzung und Rückendeckung – Schulterklopfen alleine reicht nicht!“ war eine kleine Delegation der GdP Hessen am 4. Mai 2023 vor dem Landtag an der Grenze zur Bannmeile positioniert, um den Empfang zum Sommerfest der Grünen gebührend zu begleiten. Dazu weitere Aktionen der kleinen Nadelstiche nach deren Landesparteitag in Wetzlar.



Mit einer entsprechenden Geräuschkulisse und gelben Warnwesten geschmückt, konnte sehr schnell die nötige Aufmerksamkeit errungen werden. Unter anderem machte die Landtagsvizepräsidentin Heike Hoffmann ihre Aufwartung.

Die passierenden Bürger wurden auf die Anliegen der GdP hingewiesen und stimmten den Forderungen vollumfänglich zu. Die Menschen, die sich nähere Informationen einholten, haben erkannt, dass die personelle Ausstattung und die Bezahlung derer, die den Staat schützen, seit Jahren nicht ausreichend ist.

Aus diesem Grund sind die konsequente Personalmehrung und die verfassungsgemäße Besoldung auch das Mindeste, das man von den politisch Verantwortlichen erwarten darf.

Die Aussage, der Doppelhaushalt 2023/2024 wäre beschlossen und keine weiteren Maßnahmen möglich, kann man nur entsprechend als „faule Ausrede“ kommentieren! Denn schon immer galt, wo ein Wille – da auch ein Weg!

Bei einem ständigen Zuwachs von Aufgaben muss auch der Personalkörper stetig weiter steigen. Vor allem, wenn das vorhandene Personal als politische Verteidigung in Arbeitsgruppen oder Stabsstellen verheizt wird!

270 (!) Menschen in Teil- oder Vollzeit für Fehler- und Führungskultur und Digitalisierung werden an der polizeilichen Basis schmerzhaft vermisst!

Neben den Hauptforderungen nach verfassungsgemäßer Besoldung und Personalmehrung wurden auch die anderen Forderungen den Bürgern nahe gebracht. Die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage genauso wie die

Reduzierung der Wochenarbeitszeit, die gerade im Schichtdienst längst überfällig ist.

Aber auch die Themen der Attraktivitätssteigerung im Rahmen der Ausbildung, beispielsweise durch bezahlbaren Wohnraum während des Studiums, sowie moderne IT-Strukturen, bleiben fest im Blick der GdP.

Respekt von Seiten der Bevölkerung gegenüber der Polizei lässt sich auch nur zurückgewinnen, wenn die Politik die Polizei nicht länger als Prügelknaben für die eigenen Fehler missbraucht, nur um von diesen abzulenken. Gerade auch die fehlenden Perspektiven bei den Tarifbeschäftigten und die Gesundheitsförderung für die dienstlichen Belastungen werden weiter gefordert, bis die Mindestansprüche an einen modernen Arbeitgeber erfüllt sind.

Wir fordern unabhängig von der Wahl die Politik auf, endlich ihre Hausaufgaben zu erledigen! ■

Daniel Klimpke



TARIFMARATHON UND INVESTITIONEN IN DIE POLIZEI

BLITZLICHT DER TARIFVERHANDLUNGEN BUND UND INNERER BLICK NACH HESSEN

Es waren schon außergewöhnliche Tarifverhandlungen in den ersten Monaten dieses Jahres. Ungewöhnlich aufgrund der starken Positionen der verhandelnden Gewerkschaften, also auch der GdP. Aber auch der intensive Blick in Personal und Ausstattung unserer Polizei in Hessen blieb nicht verborgen. Investitionen und ein Ausblick an ein paar Beispielen dargestellt.

Blitzlicht der Tarifrunde 2023 (Bund)

Die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen sind bekannt. Unser Mann in Potsdam, Heinz Schiskowsky, kommentiert das wie folgt:

„Das ist ein zufriedenstellendes Verhandlungsergebnis. Insbesondere für die unteren Entgeltgruppen - die Erhöhungsbeträge liegen überwiegend im zweistelligen Bereich. So konnten wir den Wertmehropfen der nicht tabellenwirksamen Inflationsausgleichsprämie akzeptieren. Jetzt gilt es, für die anstehenden Verhandlungen der TV-L im November 2023 die Batterien aufzuladen und dann mit Vollgas in die nächstjährigen Tarifverhandlungen in Hessen einzusteigen!“

Es gibt sehr viele Fragen rund um das Thema. Wir haben hier FAQ für euch bereitgestellt. Scan für Infos.



Neue Schießstätte für die Polizei

Ein Lichtblick war die Einweihung einer neuen Schieß- und Trainingsanlage im mittelhessischen Niederweimar/Lahn am 27. April. Nach langer Vorbereitung ist es gelungen, eine ehemalige Bundeswehranlage, die 1960 errichtet wurde und 1995 in private Hände veräußert wurde, am 1. Januar 2023 durch das Land zu übernehmen.

Die Grundstücksfläche von über 34.000 Quadratmetern ist gewaltig, drei Außenschießstände mit Unterstand, Kurzbahn 25 m, ein Außenschießstand mit Unterstand Langbahn, 100 / 300 Meter machen diese Schießstätte zu einer von bundesweit knapp 30 existierenden

einmalig. Neben den Spezialeinheiten werden auch andere polizeiliche Nutzer die Fläche nutzen können.

Im Rahmen der Einweihung freute sich ein gut gelaunter Präsident der HBP, Malte Neutzler, über die künftige Nutzung.

Kollegen des SEK Nordhessen, sowie Kollegen der BFE 28 zeigten in praktischen Übungsszenarien den anwesenden Gästen eindrucksvoll die hohe Einsatzfähigkeit der Einheiten.

Auch Material und Ausrüstung des SEK weckte hohes Interesse der Anwesenden. In der Nutzungsvereinbarung ist neben dem ortsansässigen Schützenverein auch der Zoll berechtigt, die Anlage weiter zu nutzen.

Diese Investition von knapp 3 Millionen Euro ist angekommen! Danke dafür an dieser Stelle allen verantwortlich Beteiligten.

Beihilfe – Immer wieder ein Thema

Schon im März empfing der Regierungspräsident in Kassel, Mark Weinmeister, unseren stellv. Landesvorsitzenden Karsten Bech zu einem Gesprächsaustausch. Im Beisein der Abteilungsleiterin der Abteilung I, Frau Sommer, und Leiterin der Beihilfestelle, Frau Dr. Neidert, wurden aktuelle Themen besprochen.

Die normale Bearbeitungszeit für einen Beihilfeantrag ohne Besonderheiten liegt momentan bei etwa 3,5 Wochen.

Entgegen vieler Gerüchte spielt es keine Rolle, ob der Antrag digital per App oder in Papierform eingereicht wird. Ebenso ist es unerheblich, ob ausdrücklich eine Bearbeitung in Heimarbeit durch den Antragsteller ausgeschlossen wird, da alle Vorgänge digitalisiert werden.

Bei Anträgen über 5.000 € wird die Höhe des Betrages automatisiert erkannt und einer gesonderten Bearbeitung zugeführt. Hier liegt die bevorzugte Bearbeitungszeit bei ca. acht Arbeitstagen.

Im Gespräch wurde deutlich, dass Anträge mit Minimalbeträgen die gesamten Arbeitsabläufe verlängern, da auch diese Anträge unabhängig der Höhe in gleicher ausführlicher Art und Weise bearbeitet werden müssen.

ACHTUNG!

Ein ganz wichtiger Hinweis geht an die Studierenden. Nach der Beendigung des Studiums wird der Bemessungssatz

der Anwärterinnen und Anwärter von 70% auf 50% abgesenkt.

Da bei der Beihilfe der Tag des Einreichens und nicht der Tag der Rechnungsstellung / Inanspruchnahme der Leistung maßgeblich ist, kann es zu einer Versorgungslücke kommen, da von der Krankenkasse nur 30% abgedeckt werden.

Deshalb alle vorhandenen Rechnungen vor Beendigung des Studiums bei der Krankenkasse und der Beihilfestelle abrechnen, damit es nicht zu dieser Versorgungslücke von 20% kommt.

Auch zu diesem Thema haben wir umfangreiche Infos für euch bereitgestellt. Auch hier dem qr-Code folgen.



Lieferung von Dienstbekleidung in der Kritik

Polizeibeschäftigte haben einen Anspruch auf die Bereitstellung und schnelle Abrufbarkeit von (technischer) Ausstattung und Dienstbekleidung.

Gerade bei der Ersatzbeschaffung kommt es seit längerem aus dem Beschäftigtenkreis zu Klagen über nicht lieferbare Artikel, zu lange Wartezeiten und einem „optimierungsbedürftigen Informationsmanagement.“

Um nicht falsch verstanden zu werden: als Vertragsnehmer mit dem Logistikzentrum in Baden-Württemberg sollte es doch möglich sein, an verschiedenen Stellschrauben zu drehen, um nachhaltig Abhilfe zu schaffen. Es stellt sich vielen von uns die Frage, ob die Abkehr von der eigenen Lagerhaltung (Entscheidung des Landespolizeipräsidiums) und „der Umzug nach Ditzingen“ richtig war.

Ohne die Geister der Vergangenheit zu bemühen, hilft jammern jetzt aber nicht weiter! Schnelle Lösungen müssen herbei! Auch für die Studierenden, die gerade in den Praktika auf die vollständige Ausstattung von Bekleidung und (Schutz-) Ausrüstung angewiesen sind!

Viele klagen über zeitverzögerte oder gestückelte Lieferungen. Fehlende Schutzwesten und Ausrüstungsgegenstände kurz vor Beginn der praktischen

Studienabschnitte sorgen zunehmend für „Stress“.

Im Hauptpersonalrat der Polizei wurde das Thema mehrfach angestoßen. Mit hin hat es in der Spitze der Behördenleitung beim HPT einen personellen Wechsel gegeben.

Auf den bereits im letzten Jahr verabschiedeten Präsidenten folgte vor einigen Wochen Frank von der Au ins Amt.

Der neue Präsident kennt die vielfältigen Problemstellungen. Zaubern kann auch er nicht. Lieferengpässe, Krieg in der Ukraine und die Folgen fehlender Lieferketten sind hinlänglich als Ursachen und Gründe bekannt.

Dennoch muss bei allem Verständnis dafür Sorge getragen werden, dass einerseits die Ersatzbeschaffung und andererseits die Neuausstattung von Dienstbekleidung zeitnah erfolgen. Die initiierte Arbeitsgruppe „AG Studierende“ unter der Leitung von LtPD'in Eva Hertel hat sich seit mehreren Monaten mit dem Gesamthema Dienstbekleidung für Studierende befasst.

Im Rahmen zurückliegender Behördenleiterbesprechungen wurde immer wieder auch dieses Themenfeld intensiv beleuchtet. Kluge Ideen sind immer gut, es darf keine Denkverbote geben, wenn Verbesserungen erfolgen sollen.

Allerdings: alle Mitwirkende im Beschaffungsprozess müssen ein einheitliches Ergebnis mittragen.

Hessentag 2023

Der zurückliegende Hessentag in Pfungstadt, der erste nach 3 Jahren Corona-Pause, war für die Polizeifamilie ein gelungener. Neben der Vereidigung am ersten Wochenende überzeugte auch das Polizei Bistro mit den darin arbeitenden Polizeibeschäftigten. „Es ist immer wieder beeindruckend, wie viele Menschen die Polizei anlässlich der Hessentage erreicht“, stellten viele Besucherinnen und Besucher in Gesprächen fest. ■

Jens Mohrherr

VON KLIMAAKTIVISTEN UND KLIMAKLEBERN

DIE POLIZEI IM FOKUS DER ÖFFENTLICHKEIT – EIN DIGITALER KOMMENTAR

Wie sollte die Polizei mit Klimaaktivisten umgehen?

Die Polizei sollte bei der Behandlung von Klimaaktivisten besonnen und professionell vorgehen. Der Schutz der Meinungsfreiheit und das Recht auf friedlichen Protest müssen dabei gewahrt bleiben.

Wenn Klimaaktivisten gegen das Gesetz verstoßen, sollten sie wie jeder andere Bürger behandelt werden, der gegen das Gesetz verstößt. Die Polizei sollte jedoch immer den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und den Schutz der Menschenwürde im Auge behalten.

Gewaltanwendung oder unangemessenes Verhalten seitens der Polizei kann die Situation eskalieren und die Beziehung zwischen den Klimaaktivisten und der Polizei verschlechtern.

Die Polizei sollte immer versuchen, den Dialog mit den Klimaaktivisten aufrechtzuerhalten und eine offene und konstruktive Diskussion zu führen, um eine friedliche Lösung zu finden.

Es ist wichtig, dass die Polizei versteht, dass Klimaaktivisten oft sehr engagiert und emotional sind und dass ihre Aktionen als Ausdruck ihres tiefen Glaubens an die Notwendigkeit, etwas für die Umwelt zu tun, zu verstehen sind.

Letztendlich ist es wichtig, dass die Polizei die Rechte und die Würde aller Bürger respektiert, einschließlich der Klimaaktivisten, und dass sie immer eine angemessene und professionelle Behandlung gewährleistet, um den Dialog und das Vertrauen zwischen der Polizei und der Gemeinschaft aufrechtzuerhalten.

Ist das Festkleben auf der Straße eine Straftat?

Ja, das Festkleben auf der Straße kann als Straftat angesehen werden, da es eine Form der Sachbeschädigung darstellt und die öffentliche Sicherheit gefährden kann.

In vielen Ländern kann es als Verstoß gegen die Gesetze und Vorschriften in Bezug auf das Eigentum und die öffentliche Ordnung betrachtet werden.

Das Festkleben auf der Straße kann auch eine Behinderung des Verkehrs darstellen und andere Verkehrsteilnehmer gefährden, was ebenfalls als Straftat betrachtet werden kann. In einigen Ländern kann es auch als Form des zivilen Ungehorsams betrachtet werden, was zu rechtlichen Konsequenzen führen kann.

Es ist wichtig zu beachten, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf friedlichen Protest geschützt sind, aber diese Rechte haben ihre Grenzen, wenn sie die Rechte anderer verletzen oder gegen die Gesetze verstoßen.

Wenn Sie daran interessiert sind, eine Demonstration oder eine andere Art von Protest durchzuführen, sollten Sie sich immer über die geltenden Gesetze und Vorschriften informieren und sicherstellen, dass Ihre Aktionen legal und sicher sind.

Und was sind eigentlich „Klimakleber“?

Klimakleber sind Aufkleber oder Grafitti, die oft von Klimaaktivisten und Umweltschützern genutzt werden, um auf die Dringlichkeit der Klimakrise aufmerksam zu machen. Wie die Polizei mit diesen Aufklebern umgehen sollte, hängt von verschiedenen Faktoren ab.

Grundsätzlich sollten Klimakleber nicht als Bedrohung oder Straftat angesehen werden, solange sie auf öffentlichem Eigentum angebracht werden und keine Sachbeschädigung oder Verletzung der öffentlichen Ordnung darstellen. In vielen Ländern können Klimakleber als Ausdruck der Meinungsfreiheit geschützt sein, insbesondere wenn sie auf legaler Weise angebracht werden.

Wenn Klimakleber jedoch auf Privateigentum oder an unangemessenen Orten angebracht werden, kann die Polizei diese entfernen oder die Verursacher bestrafen.

Es ist wichtig, dass die Polizei dabei jedoch angemessen und verhältnismäßig handelt und die Rechte der Bürger auf Meinungsfreiheit und friedliche Proteste respektiert.

In jedem Fall sollte die Polizei bei der Handhabung von Klimaklebern mit Bedacht und Sensibilität vorgehen und darauf achten, dass sie nicht unnötig aggressiv oder einschüchternd vorgeht, um den Dialog zwischen Umweltaktivisten und der Gesellschaft nicht zu stören.

Lieber digitaler Autor, vielen Dank für deine Meinungen zu dem Thema, das die Polizei nahezu tagtäglich beschäftigt.

Wir werden sicherlich auf dich zurückkommen, je nachdem, wie die weiteren Aktionen sich entwickeln, oder du dich einem digitalen Update unterzogen hast.

Es bleibt spannend und wir am Ball. ■

Ein digitaler Autor



INTERNATIONALE POLIZEIJUGENDKONFERENZ IPYC

Am 24. April 2023 war es wieder so weit. Der GdP Bundesvorstand als Gastgeber lud zur 3. Internationalen Polizeijugendkonferenz (International Youth Police Conference – „IPYC“) nach Berlin in ein Seminarschiff auf der Spree ein. Nachdem diese Konferenz zum Zwecke des internationalen Austauschs 2018 in Brüssel ihren Ursprung fand und 2019 in Den Haag wiederholt wurde, mussten weitere Konferenzen aufgrund pandemiebedingter Einschränkungen und Schutzmaßnahmen vorerst abgesagt werden



Bilder: GdP

Nun, vier Jahre nach der letzten IPYC, konnte sie wieder stattfinden. Hauptsächlich organisiert wurde die Konferenz vom Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei und dem Pendant aus den Niederlanden, dem Nederlandse Politiebond. Motto der diesjährigen Konferenz lautete „Spotlight on the Police“.

Dieses Jahr waren gewerkschaftlich engagierte Polizeibedienstete aus mehreren, teils weit entfernten Ländern, zur Konferenz eingeladen. Dieser Einladung folgten Polizistinnen und Polizisten unter anderem aus Norwegen, Dänemark, Finnland, Schweden, Tschechien, den Niederlanden, der Schweiz und Deutschland. Die weiteste Anreise mit knapp 3.500 km hatte der junge Polizist Aqissiaq aus Grönland.

Nach erfolgter Anreise durften sich die Teilnehmenden zunächst auf dem Seminarschiff einfinden und verfielen so schon in die ersten Gespräche. Diese konnten erst durch Sven Hübner, den stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesvorstandes und Jennifer Otto, der Bundesjugendvorsitzenden unterbrochen werden, um die Veranstaltung offiziell zu eröffnen und die ersten Impulsvorträge zu halten.

Selbstverständlich richtete im Anschluss auch Michel Oz, der stellvertretende Vorsitzende des Nederlandse Politiebond und Co-Veranstalter der Konferenz, einige Worte an die Teilnehmenden.

Unter anderem berichtete er über länderübergreifende Problemrends der Polizeien wie etwa über die fehlende Vielfalt in den Polizeien, unzureichende Digitalisierung, zunehmende Gewalt gegen Polizeibeschäftigte und abschwächende Attraktivität des Polizeiberufs. Teilnehmende, die vor dieser Rede einen Blick auf die Tagesordnung geworfen haben,

haben bemerkt, dass genau diese Themen im weiteren Verlauf in Workshops bearbeitet werden.

Danach konnten sich alle auf einen Beitrag von Rita Schwarzelühr-Sutter, parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministerium des Innern und Heimat, freuen. Sie betonte darin die Wichtigkeit solcher internationalen Konferenzen, welche ein Symbolbild des europäischen Zusammenwirkens der Sicherheitsapparate darstellen, in Bezug auf die nationale und EU-innere Sicherheit.

Gerade im Hinblick auf aktuelle internationale Gefahrensituationen wie den Ukraine-Konflikt oder international vernetzte Tätergruppierungen im Bereich der Kinderpornografie, des Betruges im großen Stil, oder des internationalen Handels mit Betäubungsmitteln.

Nach kurzer Mittagspause begrüßten die Teilnehmenden die Referentin für Antidiskriminierung und Vielfalt bei der Polizei Bremen, Ikram Errahmouni-Rimi, bevor es im Anschluss an die Arbeit in den Workshops ging.



Spotlight in ihrem Beitrag war der länderübergreifende Alltagsrassismus, den es heutzutage leider immer noch gibt. Einhergehend mit der Notwendigkeit der Vielfalt der Polizeien, um andere Kultu-

ren, Sprachen und Verhaltensweisen besser verstehen zu können. Auch wäre dies unter anderem ein Ansatz, das Vertrauen in die Polizei von Personen mit Migrationsgeschichte aufrecht zu erhalten.

Im Anschluss an den sehr lehr- und arbeitsreichen ersten Tag begann gegen 20 Uhr die Abendveranstaltung. Bei einem gemeinsamen Essen, begleitet von einer Sightseeing-Tour auf der Spree, war ausreichend Zeit, Networking zu betreiben und dabei weitere Personen kennenzulernen.

Der zweite Konferenztag begann dann gegen 9 Uhr mit einem Resümee des vorherigen Tages und wurde anschließend mit einem Vortrag fortgeführt.

Prof. Dr. Prof. h.c. Arndt Sinn, Lehrstuhl für Deutsches und Europäisches Straf- und Strafprozessrecht, Internationales Strafrecht sowie Strafrechtsvergleichung, referierte über das Phänomen der organisierten Kriminalität.

Im November 2022 wurde veröffentlicht, dass 70,7% der Tatbegehungen von OK aus 2021 einen internationalen Bezug haben und in Deutschland einen Schaden von 2,2 Mrd. € verursacht haben.

Das Hellfeld der OK-Straftaten zeigt auf, dass 48,1% aller erfassten Straftaten Drogendelikte waren. Der zweithäufigste Deliktsbereich war mit 16,2% der Wirtschaftskriminalität zuzuordnen.

Der erfasste Profit aller OK-Straftaten im Jahr 2021 betrug weltweit etwa 870 Mrd. USD, wovon etwa 461 Mrd. USD durch Produktpiraterie jeglicher Art erwirtschaftet wurde. Der Trend der OK geht, aufgrund der maximalen Gewinnmarge, von Drogen hin zu illegal verkaufte Pharmazeutika.

Zu Zeiten der Pandemie konnten Produkte wie COVID-Tests und Masken hoch

gewinnbringend gefälscht und veräußert werden. Auch Spam-Mails, Phishing von Daten und Einzeltricks verbreiten sich bei Tätern der OK-Strukturen immer weiter.

Abschließend gezogenes Fazit des Prof. Sinn lautete, dass es in Deutschland externe Forschungsinstitute der OK bedarf, wie sie es beispielsweise in den Niederlanden oder in Großbritannien gibt.

Außerdem ist die einfachere, schnelle und bedingungslose Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden, über das BKA oder Europol und Interpol von enormer Bedeutung.

So endete die 3. Internationale Polizeijugendkonferenz in Berlin, die einige informative Beiträge und viele interessan-

te Gespräche mit sich brachte. Wir haben viel erfahren dürfen und mitgenommen.

Ich erfuhr beispielsweise, dass der Polizei Bachelor-Studiengang in Norwegen unbezahlt ist und mit keiner Jobgarantie, sprich Übernahme der Studierenden, verbunden ist, weshalb viele Polizeistudiumabsolvent*innen durch private Sicherheitsfirmen beschäftigt werden.

Vorteilhaft sei allerdings die Verpflichtung zu mindestens 50 dienstlichen Sportstunden im Jahr, verknüpft mit einem jährlich zu bestehenden Fitnessstest.

Um Polizist*in in Frankreich, in der Schweiz oder in den Niederlanden zu werden, bedarf es der jeweiligen Staats-

angehörigkeit. Um die Vielfalt der Polizei in den Niederlanden zu gewährleisten bzw. zu fördern, werden Polizistinnen und Polizisten, welche holländische Staatsangehörige mit Migrationshintergrund zur Polizei werben, mit einer Prämie von 1.000 € belohnt.

Der „Fun Fact“ ist, dass Grönland, mit einer Größe von 2,17 Mio. km² lediglich 56.000 Einwohner hat, was einer Dichte von ca. einem Einwohner pro 40 km² entspricht. Das gesamte Land hat insgesamt lediglich ca. 150 Polizeibeschäftigte.

Das entspricht weniger als ein Viertel der GdP-Mitglieder der Kreisgruppe Wiesbaden. ■

Stefan Krollmann

UND IMMER WIEDER DER 1. MAI – EIN KOMMENTAR

In den letzten Jahren haben die Maikrawalle immer wieder in vielen deutschen Städten für Aufregung gesorgt. Gerade Berlin stand wiederholt im Zentrum. Diese Ausschreitungen werden oft von linksautonomen Gruppen angeführt, die sich gegen den Staat und die Polizei stellen. In diesem Jahr versuchte die linke Szene sogar die Krawallmacher aus der Silvesternacht in Neukölln zu rekrutieren, um mehr Gewalt auf die Straße zu bringen.

Diese Gewalt ist absolut inakzeptabel und hat oft schwerwiegende, nicht nur körperliche Konsequenzen. In einem Interview in der Bild-Zeitung berichtete auch der stv. Landesvorsitzende aus Niedersachsen, Lars Osburg, von seinen Erlebnissen der Krawallnächte aus dem Hamburger Schanzenviertel.

Neben dem Bewerfen mit Steinen oder sogar Bierbänken, bezeichnete er das Erlebnis, als er angespuckt wurde, als besonders prägend. Die Maikrawalle haben ihren Ursprung in den 1980er Jahren, als es in Berlin erstmals zu heftigen Protesten gegen steigende Mieten und die Verdrängung von Bewohnern aus ihren Wohnungen kam. In den folgenden Jahren weiteten sich die Proteste auf andere Städte aus und wurden von verschiedenen linksautonomen Gruppen angeführt.

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit brennen Barrikaden, Autos und manchmal auch Gebäude. Die Polizei muss immer mit einem Großaufgebot anrücken, um die Schäden einigermaßen in Grenzen zu halten. Auch dieses Jahr gab es wieder zahlreiche Demonstrationen und

Ausschreitungen. Eine Protestgruppe bestehend aus Frauen, Transgender und nicht zuzuordnende Personen machte beispielsweise ganz besonders auf sich aufmerksam. Diese Gruppe hatte Männer verboten. Die von ihr ausgehende Aggressivität und Gewaltbereitschaft musste sich jedoch nicht hinter anderen der Vorjahre verstecken. In der Nacht zum 1. Mai waren allein in Berlin rund 3.600 Beamte im Einsatz und am 1. Mai selbst nochmals ca. 6.300 Beamte aus dem halben Bundesgebiet. Rund um den 1. Mai und auch aus Leipzig und Connewitz ist zu beobachten, welches Gefahrenpotential von der „Linken Szene“ in Deutschland ausgeht.

Linksautonome Gruppen, die sich an den Maikrawallen beteiligen, sehen sich als Vertreter einer radikalen linken Politik, die sich gegen den Kapitalismus und die Unterdrückung von Minderheiten richtet. Sie werfen der Polizei vor, rassistisch und autoritär zu sein und fordern eine Abschaffung des Staates. In der medialen Berichterstattung wird die Gefahr aus dem linken Spektrum oft schlichtweg verharmlost.

Die Gewalt ist ein Problem, das nicht einfach ignoriert werden kann. Die Polizei und die Behörden müssen dafür sorgen, dass sie eingedämmt wird und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Derzeit zielt die Presseberichterstattung hauptsächlich auf den Rechtsextremismus, obwohl dies laut BKA in der Gewichtung stärker berücksichtigt werden müsste. Betrachtet man die entsprechende Statistik, gibt es in Deutschland derzeit 608 vom BKA als Gefährder eingestufte Personen. Davon alleine 505 aus dem

Bereich des „religiösen Extremismus“. Auch diese Gruppen sind im Rahmen der Kundgebungen des 1. Mai anzutreffen. Sie überschneiden sich in ihren Interessen unter anderem in der Ablehnung des deutschen Staates und der Demokratie.

Hinzu kommt bei den Menschen, die nicht selten aus dem arabischen Raum stammen, eine erhebliche Portion Antisemitismus. Um diese Gruppen zu identifizieren wurden gar extra Dolmetscher eingesetzt. Diese Überlagerungen der Interessensgruppen erhöht die Gefahrenlage nochmals.

Nachdem wir in den vergangenen Jahren immer wieder über heftige Ausschreitungen mit zahlreichen verletzten Einsatzkräften berichten mussten, bleibt dieses Mal das Resümee, dass es nach ersten Einschätzungen relativ friedlich geblieben ist. Selbst wenn es, wie in der Vergangenheit auch, dazu kam, dass unter anderem Autos durch Brandsätze abgefackelt wurden. Kleinere Scharmützel gab es nichts desto trotz in allen Städten, egal ob Stuttgart, Hamburg oder Berlin. Wenn auch in geringerem Ausmaß, gab es überall auch dieses Jahr wieder gezielte Angriffe auf die Polizei.

Ein positives Fazit rund um den 1. Mai 2023 konnte jedoch im Hinblick auf die Präsenz und Akzeptanz von Gewerkschaften erkannt werden. Gerade die Post-Corona-Zeit, die hohe Inflation, die Krisen weltweit und insbesondere der Ukraine-Krieg lassen die Notwendigkeit von Gewerkschaften wieder klarer erkennen. Gute Tarifabschlüsse sind ein positives Signal, denn gemeinsam sind wir stark! ■

Daniel Klimpke

DAS WARTEN HAT EINE ENDE – SEMINARE ZURÜCK

Anlässlich des Seminars „Funktionäre in der GdP“ trafen sich am 09.03.2023 insgesamt 3 Kolleginnen und 12 Kollegen im Landgasthof Bechtel in Willingshausen-Zella. Geleitet wurde das Seminar von Harry Zwick. Stefan Ruppel, Markus Hüschenbett, Daniel Klimpke und Jochen Zeng vervollständigten das Leitungsteam.



Besonders erfreulich war, dass die Teilnehmerrunde in Bezug auf das Alter und in punkto Gewerkschaftserfahrung bunt gemischt war, so dass für jeden ein oder mehrere Themen von Bedeutung waren. Nach kurzer Vorstellung ging es auch schon los.

Zunächst wurde der Aufbau und die Struktur der GdP Hessen im Allgemeinen erläutert. Passend zu diesem Thema wurde anschließend das eigentliche Herzstück, die Geschäftsstelle in Wiesbaden, vorgestellt. Hier findet man immer ein offenes Ohr.

Dort können beispielsweise Materialien und dergleichen für geplante Aktionen der Kreisgruppe bestellt werden.

Daniel Klimpke stellte anschließend den Rechtsschutz der GdP dar. Gerade in der heutigen Zeit, in der gerne ausführlich in Sozialen Netzwerken über polizeiliche Maßnahmen diskutiert wird, gewinnt dieses Thema immer mehr an Bedeutung.

Er nahm auch Bezug zu Behauptungen einer anderen Gewerkschaft, dass bei Inanspruchnahme des Rechtsschutzes keine freie Anwaltswahl bestehe und Vorsatztaten per se nicht abgedeckt seien. Dies ist mitnichten so und wird bei jeder Antragsstellung durch einen der Rechtsschutzbeauftragten, alles Polizeibesetzte, geprüft. Bei anderen machen dies Versicherungen.

Nach dem Vortrag war es an der Zeit, etwas aktiver zu werden. Die Teilnehmer wurden in zwei Gruppen aufgeteilt und durften nun einen Flyer bzw. ein Flugblatt sowie eine aktuelle Pressemeldung zum Thema „Anzahl der Neueinstellungen“ entwerfen. Hier wurde sehr konzentriert und zielführend gearbeitet, so dass das Flugblatt sehr gut zu der erarbeiteten Pressemeldung passte und beide Ergebnisse auf der GdP Homepage online zu finden sind.

Im Anschluss wurden dann die Pflichten nach dem BGB bzw. der Satzung und

die Vorstandsarbeit dargestellt. Hier kam es zu sehr konstruktiven Gesprächen. Da in weiten Teilen auffällt, dass zum Beispiel an Jahreshauptversammlungen sehr wenig Teilnehmer zugegen sind, wurden auch einzelne Ideen diskutiert und Tipps gesammelt.

Es wurden ebenfalls Ideen gesammelt, damit es den Mitgliedern wieder leichter fällt, sich gewerkschaftlich einzubringen. Gerade bei diesen Gesprächen zeigte sich der Mehrwert der Teilnehmer aus den verschiedensten Bereichen der Polizei und der Ordnungsbehörden.

Nachdem noch das „heiße“ und sehr aktuelle Thema Streik dargestellt und besprochen wurde, ging es in die wohlverdiente Mittagspause.

Nach der Pause ging es weiter und es wurde dargestellt, wie die Gewerkschaft Einfluss auf die politische Arbeit nimmt. Hier ist als Beispiel die Einführung des DEIG („Taser“) zu erwähnen. Nicht uninteressanter ist es aber auch zu wissen, dass die GdP als Mitglied im DGB direkt an den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst beteiligt ist.

Last but not least wurde der Mitgliederbereich, die Homepage und die möglichen Benefits, gerade zur Mitgliederwerbung, an Beispielen besprochen. Mit vielen Infos ging der zwar lange aber doch recht kurzweilige Tag dem Ende zu. Bei einem gemeinsamen Abendessen wurden dann weitere interessante Themen besprochen.

Tag 2 des Seminars

Der nächste Tag knüpfte nahtlos mit dem Thema Mitglieder/Mitgliederwerbung an. Gerade in Bezug auf Berufsanfänger wurden hier sehr gute Tipps an die Hand gegeben. Das Besprochene wurde dann im Anschluss in Rollenspielen ver-

festigt, um so mehr Sicherheit in der Gesprächsführung zu erhalten.

Als letzter Punkt wurden dann die Erwartungen jedes einzelnen Teilnehmers an das Seminar besprochen. Diese wurden Eingangs des ersten Tages an ein Flipchart gehängt.

Ausnahmslos alle Erwartungen wurden erfüllt, teilweise sogar übertroffen.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass diese Veranstaltung durch die Seminarleiter hervorragend vorbereitet und umgesetzt wurde.

Es kam nie Langweile auf und selbst etwas „trockene Themenbereiche“ wurden sehr gut veranschaulicht. Insgesamt war dies eine absolut empfehlenswerte Veranstaltung. Die Unterkunft, sowie die wie immer perfekte Bewirtung der Familie Bechtel rundete dieses Angebot ab.

Nach einer sehr leckeren Gulaschsuppe machten sich dann alle Teilnehmer in Richtung Heimat auf, um die im Seminar erlernten Inhalte schnellstmöglich an die Frau und den Mann zu bringen.

Ein besonderer Dank geht an Harry Zwick. Harry hat über einen langen Zeitraum Seminare für die GdP geleitet. Dieses war nun, altersbedingt, seine letzte Veranstaltung.

Steffen Korn

**Das kannst du auch!
Mach mit!**



Dann melde dich bei uns:
gdp-hessen@gdp.de; 0611/992270